Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,— Mark zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 121 – 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend 24. Mai 1924**

Englands Absichten.

England hat natürlich alles andere als ein Interesse daran, daß Frankreich im Ruhrgebiet bleibt. Und es bedeutete eine Unterstützung dieses englischen Wunsches, die Franzosen aus dem besetzten Gebiet je eher, je lieber abmarschieren zu sehen, daß der schärfste Vertreter der französischen Ruhrpolitik, Poincaré, gestürzt worden ist. Einer Ruhrpolitik, die natürlich letzten Endes auf eine Ausschaltung des englischen Einflusses auf dem Kontinent sein mußte.

Man muß englische Politik immer nur unter englischem Gesichtspunkt zu verstehen versuchen; um unserer „schönen Augen" willen stürzt man sich in London niemals in irgendwelche Unkosten. Aber man hat ein Interesse daran, daß Frankreichs Ausdehnungsstreben nicht Sieg um Sieg erringt, daß vielmehr ein gewisser Kräfteausgleich zum mindesten wieder eingeleitet wird.

Darum mag im großen und ganzen richtig sein, was die Londoner „Westminster Gazette" als die politischen Absichten der englischen Regierung veröffentlicht. Dabei steht die sofortige Räumung des Ruhrgebietes in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung obenan. Zu dieser wirtschaftlichen Befreiung gehört aber auch das Aufhören der Micum-Verträge und der zollpolitischen Abtrennung des besetzten vom unbesetzten Gebiet.

Das Mittel dazu, dies den Franzosen schmackhaft zu machen, ist die Forderung an Deutschland, möglichst umgehend die Vorschläge der Sachverständigenkommission in die Wirklichkeit umzusetzen: also dem Reichstage entsprechende Gesetzesvorlagen zuzuleiten. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß wir den von uns eingenommenen Standpunkt, diese Vorschläge als „eine geeignete Grundlage" zu betrachten, jetzt verlassen und diese Vorschläge bedingungslos annehmen sollen, ohne jede Garantie dafür, ob Frankreich dann die in dem Bericht selbst mehrfach genannten „Voraussetzungen" als die notwendigen Folgerungen anerkennen würde. Sagt doch die englische Veröffentlichung des weiteren, daß, „eine kleine militärische Besatzung im Ruhrgebiet zu lassen, Gegenstand eines Kompromisses sein könne". Also dagegen hat man nichts einzuwenden, grundsätzlich jedenfalls nicht. Und man muß in Deutschland mit einiger Bitterkeit daran sich erinnern, daß bisher alle „freundschaftlichen" Ratschläge, die England ausgab, immer auf ein Nachgeben Frankreich gegenüber hinausliefen, eine Nachgiebigkeit, die allerdings England keinen Mann und keinen Groschen kostete.

Man will, wenn wir die Vorschläge der Sachverständigen bedingungslos angenommen haben, immerhin noch etwas für uns tun: auf einer internationalen Konferenz die Endziffern der deutschen Reparationsleistungen erörtern. Bis dahin mag ja der Apparat zur Blutentnahme Deutschlands, Sachverständigenbericht genannt, bereits funktionieren. Und man kann dann auch das größere Problem, nämlich die interalliierten Schulden, zu lösen versuchen, weil ja der Zahlungsstrom von Deutschland nach Frankreich, dem Hauptschuldner Englands, zu fließen beginnt. Was bei einer derartig bedingungslosen Unterwerfung Deutschlands aber noch eine „Erörterung der Sicherheitsfrage" soll, ist unverständlich. Unser Eisenbahn-, Währungs- und Finanzwesen, gewaltige Teile des deutschen Volksvermögens, sind bis dahin in ausländischer Hand — mit Zustimmung Deutschlands. Die Forderungen der militärischen Überwachung, wie sie vor einiger Zeit an uns gerichtet wurden, können wir doch auch bedingungslos annehmen, wenn wir die verkehrs-, währungs- und finanzpolitische Kontrolle des Berichts angenommen haben. „Dies würde einige Monate dauern, und danach, wenn der Weg genügend vorbereitet sei, möge Macdonald den Vorschlag einer internationalen Konferenz machen, zu der die Vereinigten Staaten, Rußland und Deutschland eingeladen werden würden," schreibt die „Westminster Gazette". Wozu wir dann allerdings eingeladen werden sollen, mag die „Westminster Gazette" allein wissen.

Es ist ja die alte Politik Lloyd Georges, die in diesen Ausführungen wieder zum Vorschein kommt: „Befriedung" Europas im Sinne und unter ausdrücklicher Anerkennung der Neuregelung auf dem Kontinent, der Bestimmungen von Versailles. Deutschland soll sich endlich freiwillig, innerlich dem fügen, was man ihm seit 1918 aufzuerlegen entschlossen war: das Dienervolk Europas zu sein. Für Europa zu frohnden.

Und um das auch nach außen hin zu dokumentieren, um unter die deutsche Selbständigkeit den Schlußstrich zu ziehen, wird man eine internationale Konferenz einberufen.

Dr. Br.

Menetekel!

Die Kreditnot unserer Wirtschaft.

Das Stahlwerk Becker, eines der größten Stahlwerke von Europa, das am Niederrhein seinen Sitz hat, ist freiwillig unter Geschäftsaufsicht gegangen, hat also einen Schritt getan, der als der letztmögliche gilt, wenn man noch einen Konkurs vermeiden will. Man wußte in eingeweihten Kreisen schon seit einiger Zeit, daß dieses Werk mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte und seine Angestellten auf die Auszahlung des Lohnes warten ließ, ein in der Geschichte der deutschen Industrie fast unerhörter Zustand. Die in Bedrängnis geratene Firma hätte das Angebot einer international finanzierten Frankfurter Bank annehmen können, wenn sie bereit gewesen wäre, ihr Werk für 10 Millionen Goldmark zu verkaufen. Da es etwa das vierfache wert ist, verzichtete die Firma auf das Geschäft und zog es vor, sich unter Geschäftsaufsicht zu stellen.

Unter normalen Verhältnissen wäre das Stahlwerk Becker vollkommen flüssig geblieben. Es hätte jederzeit Kredite genug haben können, um damit sein Passiv-Saldo damit zu überwinden. Es hätte aber wahrscheinlich einen solchen Kredit gar nicht nötig gehabt, denn seine auf Lager befindlichen Vorräte werden mit 6 Millionen Goldmark bewertet, seine Außenstände auf 3 Millionen Goldmark. Die Passiven von 9 Millionen Goldmark, die dem gegenüberstehen, werden dadurch vollkommen ausgeglichen. Nur daß es heute unendlich schwer ist, Vorräte im Innenmarkt zum Herstellungspreise abzusetzen und vollständig unmöglich, sie auf dem Weltmarkt unterzubringen. Und ebenso trübe sieht es mit den Außenständen aus. Es ist eine allgemeine Klage, daß Wechselverpflichtungen in immer steigendem Maße nicht mehr eingelöst werden, da der Schuldner einfach zahlungsunfähig ist. Und mancher Bankzusammenbruch ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Diese anormalen Zustände haben auch ein so völlig solide fundiertes Unternehmen, wie das Stahlwerk Becker, ins Wanken gebracht. Bei vollen Lagern und einem ansehnlichen Postenvon Außenständen ist kein Kredit zu haben, da diese beiden Aktivposten einfach nicht zu realisieren sind, da der Kredit fast vollkommen erstarrt ist. Begleiterscheinungen, wie wiederholte Streiks, haben die Schwierigkeiten noch vermehrt.

Die Erschütterung des rheinischen Stahlwerks ist ein Warnungssignal, wie man es sich nicht drehender denken kann. Es ist wirklich keine Schwarzmalerei, wenn hervorragende Vertreter der deutschen Wirtschaft behaupten, daß die Wirtschaftslage in ein paar Wochen unerträglich sei, wenn es so weitergehe wie bisher. An einem allgemeinen Druck der Wirtschaftslage haben alle in Deutschland zu tragen, überall begegnen wir derselben Kreditnot, demselben absoluten Mangel an Kapital. An der Börse ist allerdings in der letzten Zeit etwas Geld und infolgedessen auch etwas Kauflust in die Erscheinung getreten. Es scheint, daß der Großhandel viele bisher zurückgehaltene Waren auf den Markt gebracht hat, selbst unter Verlusten, und daß dieses Geld zur Effektenspekulation verwandt worden ist. Aber dieses flüssige Kapital ist ein Tropfen auf den heißen Stein und es ist nicht dorthin gegangen, wo es dringend nötig wäre, nämlich in die Industriebetriebe, sondern an die Börse. Für die Wirtschaft im Ganzen ist die Lage des Stahlwerkes Becker vollkommen typisch, zum Teil gefüllte Lager, die totes Kapital und große Zinsverluste darstellen, zum Teil Außenstände, die nicht einzutreiben sind, nicht etwa, weil der Gläubiger ein böswilliger Nichtzahler ist, sondern weil es ihm die Stockung der Geschäftstätigkeit ebenfalls unmöglich macht, seine Arbeit und Produkte in Geld umzusetzen. Bei dem Stahlwerk Becker kommt noch etwas besonderes hinzu: Die Belastung durch die Mikumverträge. Die 9 Millionen Passiven, die das Werk aufweist, sind sicher zum großen

Die Regierungsbildung auf dem toten Gleise.

Marx unterhält sich mit Tirpitz.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung")

Berlin, 23. Mai. Zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Großadmiral von Tirpitz hat, wie der Lokalanzeiger hört, gestern nachmittag eine Unterredung stattgefunden, die jedoch dem Vernehmen nach zu keinem positiven Ergebnis geführt haben soll. Angesichts dieser Tatsache und angesichts des starken Widerstandes, der sich in der Zentrumsfraktion gegen die Kandidatur Tirpitz bemerkbar macht, ebenso angesichts der Einstellung der Demokraten gegen Tirpitz wird nun optimistisch beurteilt.

Paris ist auf deutsche Vorbehalte zum Gutachten gefaßt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung")

Paris, 23. Mai. Der „Temps" schreibt in einem gegen die Kandidatur des Admirals Tirpitz gerichteten Leitartikel, geführt von Männern wie dem Admiral v. Tirpitz besitze die Deutschnationale Partei eine unerschütterliche Position und einen unbeugsamen Willen, zu denen noch eine über große Mittel verfügende Organisation, energische Männer und ebenso geschmeidige wie zähe Methoden hinzukämen. Daß diese Partei jetzt nach dem Amte des Reichskanzlers, nach dem Außenministerium strebe, sei eine ernste Tatsache für ganz Europa. In Berlin habe man es bezüglich Annahme des Sachverständigengutachtens nicht eilig und aus Berlin würden die Vorbehalte kommen. Von Tag zu Tag wüchsen die Hindernisse, die sich dem Sachverständigenbericht in den Weg legten. Man laufe Gefahr, vor das gefährliche Dilemma gestellt zu werden, entweder einem nationalistischen Deutschland mehr Zugeständnisse zu machen, als man sie einem demokratischen Deutschland gewährt hätte, oder aber das System der Sachverständigen untergehen zu lassen und so die Reparationen, ja den Frieden zu gefährden.

Die Ministerliste Herriots.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 23. Mai. Dem Korrespondenten der Telunion wurde im Gespräch mit Persönlichkeiten aus dem radikal-sozialistischen Lager gestern erklärt, daß die Ministerliste Herriots bisher nur teilweise ausgearbeitet sei. In ihrer gegenwärtigen Fassung sieht sie folgendermaßen aus: Ministerpräsident und Aeußeres: Herriot — Inneres: Schrameck, früherer Präfekt des Rhonedepartements. — Oeffentliche Arbeiten: Francois-Albert. Landwirtschaft: Comille. In politischen Kreisen verlautete gestern gerüchtweise, daß der Posten des Kriegsministers dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland General Nollet angeboten würde. Das wird von radikalsozialistischer Seite bestritten und man fügte hinzu, daß für die Besetzung der Ministerämter des Krieges und der Marine kein General und Admiral in Frage komme. Eine Ausnahme würde vielleicht für Admiral Jaures gemacht. Die inoffiziellen Besprechungen Herriots über die Kabinettsbildung dauern fort.

Die Folgen der Poincareschen Politik.

Rotterdam, 23. Mai. Die „Morningpost" meldet aus Paris: Poincarés Besuch bei Millerand hat die endgültige Absage Poincarés gebracht. Bis gestern hatte man immer noch neue Versuche Poincarés und des Nationalen Blocks erwartet, eine Rekonstruktion des Kabinetts am 1. Juli zu versuchen. Infolge der Frankenkatastrophe wird das französische Budget schon für Monat Juni ohne die genügende Deckung sein und die Erhöhung aller Steuereinnahmen notwendig werden.

Vor der Beilegung des Ruhrkonfliktes.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Bochum, 23. Mai. Mit Spannung sieht man allenthalben im Ruhrgebiet den Freitag nach Essen einberufenen Verhandlungen zur Besprechung der Lage im Ruhrgebiet entgegen. Wie wir hören, soll auf beiden Seiten Neigung bestehen, den nun seit drei Wochen andauernden Konflikt zu einer Lösung zu bringen. Bei den Verhandlungen handelt es sich nicht so sehr um neue Verhandlungen, sondern sie sind als die in der Schlichtungsverhandlung vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen anzusehen, zu welchen beide Parteien heranzuziehen Pflicht des Schlichters ist.

Truppenverstärkungen.

Düsseldorf, 23. Mai. Im Ruhrrevier sind völlig unerwartet neue französische Truppen aus den linksrheinischen Garnisonen eingerückt. Essen hat 2500, Duisburg und Ruhrort je 2000 Mann Verstärkung erhalten. Auch ein belgisches Detachement ist in Homberg einmarschiert.

Painleve Präsidentschaftskandidat.

Paris, 23. Mai. Painleve hat sich, wie ein offiziöses Kommunique mitteilt, auf Grund dringender Schritte, die sämtliche Vertreter der republikanischen Verbände des Parlaments bei ihm unternommen haben, bereit erklärt, als Kandidat für den Posten des Präsidenten der Kammer aufzutreten. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß Painleve am 1. Juni bei Wiederzusammentritt der Kammer gewählt werden wird.

Die Teuerungswelle in Paris.

Paris, 23. Mai. Der neue Frankensturz hat seit Montag alle Preise in Paris nahezu verdoppelt. Das Louvre Kaufhaus und die übrigen großen Magazine geben nur noch beschränkte Warenmengen ab, um eine Räumung ihrer Lager zu verzögern. In St. Antoine kam es Dienstag abend zu kommunistischen Teuerungsdemonstrationen.

Ablehnung des Mißtrauensvotum gegen die Arbeiterregierung.

London, 23. Mai. In der gestrigen Unterhausdebatte über das Arbeitslosenproblem brachte der Führer der Opposition Baldwin ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein. Nach reger Intervention der Führer der Konservativen und einiger Liberalen sowie einer Ansprache des Arbeitsministers wurde der Mißtrauensantrag mit 244 gegen 210 Stimmen abgelehnt. Sämtliche Konservativen-Abgeordnete stimmten gegen die Regierung. Die Liberalen dagegen waren geteilt.

Polnisch-rumänischer Aufmarsch gegen Rußland.

London, 3. Mai. Der rumänische Generalstab hat beschlossen, im September in Bessarabien große Armeemanöver abzuhalten. Polen, das mit Rumänien ein Defensivbündnis abgeschlossen hat, wird zur gleichen Zeit in Galizien nahe der rumänischen Grenze große Armeemanöver abhalten und man sieht in diesen Zusammenziehungen eine Drohung an Rußland.

Keine Demission des japanischen Botschafters in Washington.

London, 23. Mai. Laut einer Agenturmeldung aus Tokio dementiert der japanische Außenminister die Demission des japanischen Botschafters in Washington.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF